

Kultusministerium



Alexander Lorz
Kultusminister

Schuldezernate



Axel Imholz
Schuldezernent,
Wiesbaden



Paul-Gerhard Weiß
Schuldezernent,
Offenbach

Landtagsfraktionen



Christoph Degen (SPD)



Daniel May
(DIE GRÜNEN)



Moritz Promny (FDP)

Hier wird nun von der politischen Seite auf die „Schule für alle“ geblickt.

Wir haben den Hessischen Kultusminister um seine Sicht gebeten. Zwei kommunale Entscheidungsträger schildern die schulpolitische Entwicklung in ihren Städten Wiesbaden und Offenbach.

Zum Schluss die Einschätzungen der bildungspolitischen Sprecher der Parteien, die wir um eine Stellungnahme auf unsere Fragen gebeten haben – im Jahr 2023 wird in Hessen ein neuer Landtag gewählt.

Zukünftige Entwicklung und Rolle der IGS in Hessen

Der hessische Kultusminister Prof. Dr. Alexander Lorz

Seitdem im Jahr 1969 die ersten voll integrierten Gesamtschulen in Hessen eröffnet wurden, hat die Schulform der integrierten Gesamtschule in Hessen einen weiten Weg genommen und ist heute ein fester Bestandteil der hessischen Schullandschaft.

Als bildungsgangübergreifende Schulform ermöglicht sie Schülerinnen und Schülern, durch gemeinsamen Kernunterricht, der nun auch bis zum Ende der Sekundarstufe I im Rahmen der **vollständigen Binnendifferenzierung*** erfolgen kann, und Unterricht in Kursen, die nach Anspruchshöhe, Begabung und Neigung differenziert werden, unterschiedliche Bildungsabschlüsse anzustreben. Der Unterricht in solch heterogenen Lerngruppen ist darauf ausgelegt, dass Schülerinnen und Schüler voneinander profitieren und sich gegenseitig mit ihren unterschiedlichen Kompetenzen und Begabungen wahrnehmen und unterstützen.

Die integrierte Gesamtschule hat dabei die Aufgabe, durch gemeinsame Lernerfahrungen das gegenseitige Verstehen sowie die Bereitschaft zu sozialem Handeln und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit von Schülerinnen und Schülern zu fördern. Integrierte Gesamtschulen erhalten bei der Umsetzung einer vollständigen Binnendifferenzierung einen geringeren Klassenteiler (25 Schülerinnen und Schüler). Dies ist ein Zeichen für die Wertschätzung, die der Arbeit von integrierten Gesamtschulen entgegengebracht wird. Die Möglichkeiten der integrierten Gesamtschulen sind gerade in der Fachleistungsdifferenzierung vielfältig. So können die Schulen zwischen unterschiedlichen Formen der äußeren Fachleistungsdifferenzierung oder der Umsetzung einer

teilweisen oder vollständigen Binnendifferenzierung wählen. Die Schulen erhalten dadurch einen hohen Gestaltungsspielraum und können eigene Konzepte entwickeln, die den Bildungserfolg ihrer Schülerinnen und Schüler sicherstellen. Insbesondere die Möglichkeit, sich nicht sofort für einen Bildungsgang entscheiden zu müssen, sondern die Entwicklung der Schülerin oder des Schülers noch einige Jahre abwarten zu können, bevor ein Bildungsgang gewählt wird, stellt für viele Eltern und Schülerinnen und Schüler ein wesentliches Argument zum Übergang in eine integrierte Gesamtschule dar.

Eine Stärke der hessischen Schullandschaft ist die Vielfalt ihres schulischen Angebots, das für alle Schülerinnen und Schüler eine begabungsgerechte und passende Förderung bereithält. Der wachsenden Heterogenität der Schülerschaft wird so mit einem differenzierten Schulangebot begegnet. Das bildungspolitische Ziel ist dabei ein Schulsystem, das allen Schülerinnen und Schülern Lebenschancen, Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet. Jedes Kind soll sich entsprechend seinen Fähigkeiten, Begabungen, Neigungen und seinem individuellen Potential bestmöglich entfalten können und gefördert werden. Das Wohl der Kinder und ihre Entwicklungschancen stehen im Mittelpunkt aller bildungspolitischen Entscheidungen.

Bildung beinhaltet Wissensvermittlung, Berufsbe-fähigung und Werteerziehung. Das Ziel ist eine ganzheitliche Bildung, welche die freie Entfaltung der individuellen Persönlichkeit in der Gesellschaft ermöglicht. Durch die in der integrierten Gesamtschule vorhandene hohe Durchlässigkeit der Bildungsgänge ist den Schülerinnen und Schülern eine besondere Möglichkeit der persönlichen Entfaltung gegeben. Schülerinnen

und Schüler können hier etwa in unterschiedlichen Kursniveaus bildungsgangübergreifend und begabungsgerecht beschult werden. Sie können ihre Potentiale entdecken, diese weiterentwickeln und erst dann entscheiden, welchen Bildungsabschluss und beruflichen Weg sie tatsächlich anstreben. Für viele Schülerinnen und Schüler kann dies ein guter Weg zur persönlichen Entwicklung sein.

Allen Schulen muss es ein zentrales Anliegen sein, auf kontinuierliche Unterrichtsentwicklung zu achten und ein gutes Qualitätsmanagement aufzubauen. Auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte ist ein wesentlicher Faktor für die Gestaltung gelingenden Unterrichts. Die Gewinnung von Lehrkräften bleibt eine zentrale Aufgabe, der wir uns seit vielen Jahren engagiert annehmen. Hessen stellt in diesem Schuljahr rund 55.680 Lehrerstellen bereit. Dies sind über 5.000 Stellen mehr als bei meinem Amtsantritt als Kultusminister im Jahr 2014. Die Zahl der Lehrerstellen steigt damit auf ein Allzeithoch. Seit 2014 ist der Bildungsetat um fast 40% gestiegen. Mit rund 4,8 Milliarden Euro ist er in diesem Haushaltsjahr abermals auf Rekordniveau angewachsen. Das Angebot von hochwertigem Unterricht und die daraus resultierende fachliche und persönliche Bildung aller Schülerinnen und Schüler ist und bleibt bildungsgang- und schulformübergreifend das zentrale Ziel der Hessischen Landesregierung. Es geht um die bestmögliche Förderung der Schülerinnen und Schüler. Diese in ihrer Unterschiedlichkeit und Vielfalt wahrzunehmen,

zu unterstützen und sie individuell zu fördern, um ihnen so eine erfolgreiche Teilhabe an unserer Gesellschaft zu ermöglichen, gehört zum Kern allen schulischen Handelns.

Die Vielfalt der Schulformen orientiert sich dabei an den pädagogischen Erfordernissen. In einem differenzierten System sind Anschlüsse immer gewährleistet: Die Schülerinnen und Schüler sind anschlussfähig, weil das System horizontal und vertikal durchlässig ist, offen für lebenslanges Lernen und frei von Einbahnstraßen und Sackgassen. Dazu bedarf es eines Systems von Schulen, die auch im Erwachsenenalter noch Chancen bieten. Die integrierten Gesamtschulen tragen auch in Zukunft Verantwortung für Bildung und Erziehung ihrer Schülerinnen und Schüler.



Prof. Dr. Alexander Lorz

Seit Januar 2014 ist Dr. Alexander Lorz Hessischer Kultusminister. Zuvor war er Staatssekretär im Kultusministerium sowie im Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

Bis zu seinem Wechsel in die Politik lehrte er an der Juristischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Seit Januar 2019 vertritt er den Wahlkreis Wiesbaden II als direkt gewählter Abgeordneter im Hessischen Landtag.

*** Redaktionelle Anmerkung: „vollständige Binnendifferenzierung“**

Diese im Beitrag mehrfach verwendete Formulierung entspricht nicht dem Sprachgebrauch der GGG - für uns bedeutet „Binnendifferenzierung“ stets den Verzicht auf eine Zuordnung der Schüler*innen zu vorgegebenen Fachleistungsniveaus. Kultusminister Prof. Lorz betont zwar den möglichen Verzicht auf Fachleistungskurse zugunsten einer klasseninternen Organisation - allerdings mit Zuweisung zu G- oder E-Niveau!

Diese Zuweisung wird auch zukünftig durch die Kultusministerkonferenz vorgeschrieben, die klasseninterne Organisation - schon lange Praxis an vielen hessischen IGS - soll aber nun als gleichwertig abgesichert werden. Ein wichtiger Schritt - aber leider noch nicht die Ablösung schulförmiger Vorgaben für die Abschlüsse an der IGS.

Schullandschaft vor Ort gestalten – Entwicklung und aktuelle Perspektiven

Für die Entwicklung der IGS und deren Perspektiven in Hessen ist auch die Sicht der Schulträger und deren Einschätzung zu den Chancen relevant, die IGS als Vorstufe, als Pilotschule für eine inklusive Gesellschaft stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Wir stellen darum beispielhaft die konkrete Entwicklung für die jeweilige Schullandschaft in Offenbach und in der Landeshauptstadt Wiesbaden vor.

Offenbach:

Paul-Gerhard Weiß

Offenbach setzt auf Integrierte Gesamtschulen mit Grundstufe und gymnasialer Oberstufe

Wie kann das Wachstum einer Stadt für die Weiterentwicklung der Schulangebote und schulorganisatorische Veränderungen fruchtbar werden? Diese Frage drängte sich in der kreisfreien Großstadt Offenbach am Main geradezu auf. Im Zuge der starken Dynamik in der Bevölkerungsentwicklung der Ballungsräume ist auch Offenbach im Herzen der Rhein-Main-Region in den letzten 15 Jahren deutlich gewachsen und mit ihm die Zahl der Schülerinnen und Schüler. Das macht den Ausbau der Kapazitäten erforderlich, bietet aber auch Chancen für eine Neuordnung der Bildungsangebote, die dem Bedarf an gezielter Förderung und Durchlässigkeit besser entsprechen. Rund 70 % der Offenbacher Kinder haben einen Migrationshintergrund, rund 10 % der Eingeschulten besuchen zunächst eine Vorklasse, weil Defizite bei Sprache und allgemeiner Reife es erfordern.

Abstimmung mit Füßen

Die Veränderungsrichtung für die weiterführenden Schulen gaben die Lernenden und ihre Eltern selbst vor: Sie wählten im alten, dreigliedrigen System die Haupt- und Realschulen kaum noch. Die Stadt als Schulträger reagierte auf diese Abstimmung mit Füßen und wandelte nach und nach alle bisherigen, jetzt nur noch auslaufenden Haupt- und Realschulen in Integrierte Gesamtschulen um. Bei den Beratungen hierzu fiel auf, wie sehr sich das schulpolitische Klima in dieser Frage verändert hat: Die frühe-

ren, ideologisch aufgeladenen Debatten fielen aus, alle Entscheidungen im Stadtparlament erfolgten fast einstimmig und die staatliche Seite vollzog sie wie selbstverständlich nach. Gemeinsames Lernen ist kein Streitpunkt mehr, allerdings ist der gymnasiale Bildungsgang an den Integrierten Gesamtschulen oft unbekannt und unterrepräsentiert.

Ungebrochen starke Nachfrage nach Gymnasien

Aus einem neuen Schild am Schuleingang folgt noch nicht automatisch eine neue pädagogische Wirklichkeit und auch nicht automatisch eine höhere Attraktivität für alle, die neu angesprochen werden sollen und müssen, damit Gesamtschule als solche gelingt. Ungebrochen stark werden die Offenbacher Gymnasien – eines in kirchlicher und 3 in städtischer Trägerschaft, ein viertes in Gründung – gewählt, fast die Hälfte der Viertklässler wechselt dorthin, sicher weit mehr als die ausgesprochenen Eignungsempfehlungen der Grundschulen. Das ist nicht verwunderlich: Längst haben sich die Gymnasien auf Herkunft und Sozialstruktur der Kinder mit interessanten Angeboten, Förderprogrammen und umfangreicher Ganztagsarbeit eingestellt. Ihr Ruf ist gut und sie stehen für den erstrebten Weg zum Abitur ohne weitere Übergänge und Brüche. Aber bei Weitem nicht alle Schülerinnen und Schüler gehen diesen Weg erfolgreich und für diese wiegen die dann folgenden Brüche oft schwer.



© Foto: Stadt Offenbach

Gymnasiale Oberstufe für Gesamtschülerinnen und Gesamtschüler

Auch deshalb ist es das Ziel der städtischen Schulentwicklungsplanung, den gymnasialen Bildungsweg über die Integrierten Gesamtschulen aufzuwerten und ihn sichtbarer zu machen. Dass hierfür vor allem an den neuen Gesamtschulen viel konzeptionelle Um- und Aufbauarbeit zu leisten sein würde, war allen klar. Aber auch der Schulträger ist gefordert, durch schulorganisatorische Veränderungen die Chancen der Gesamtschulen zu verbessern. Es war eine folgerichtige Entscheidung, die räumlichen Kapazitätserweiterungen an den Integrierten Gesamtschulen mit der Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe zu verknüpfen. Was früher stets gewünscht und gefordert wurde, sich mangels ausreichender Jahrgangsbreite aber nicht überzeugend darstellen ließ, ist durch das Ansteigen der Schülerzahlen nun möglich und seit dem neuen Schuljahr auch wirklich. Dabei richtet sich die an einer Offenbacher IGS etablierte Oberstufe an die Absolventinnen und Absolventen aller Gesamtschulen der Stadt und wird von diesen auch besucht.

IGS mit Grundstufe

Der Bevölkerungszuwachs macht neue Grundschulen erforderlich und die Stadt verbindet den Ausbau auch hier mit einer strukturellen Stärkung der Integrierten Gesamtschulen. Durch Angliederung von Grundstufen gibt sie ihnen die Möglichkeit, ihr Konzept früh transparent zu kommunizieren, eine durchgängige Schullaufbahn im Stadtteil anzubieten, den Übergang von Klasse 4 auf 5 pädagogisch zu begleiten und mit mehr Kontinuität zu gestalten. Zudem können Ressourcen, auch in der Schulsozialarbeit und in der Ganztagsbetreuung, besser genutzt und

verzahnt werden. Dies schließt die Zusammenarbeit mit Jugendhilfe und Vereinen im Stadtteil ein, die sich in Offenbach vielfältig im Ganztage engagieren.

Veränderte Schullandschaft

Eine Stadt entwickelt sich, und die Schulen entwickeln sich mit. Das ist nicht selbstverständlich und auch eine Herausforderung, manchmal auch eine Zumutung: Denn Umwandlungen, neue Zuordnungen und Schülerlenkungen greifen in Schulprofile ein, die oft über Jahre aufgebaut wurden. Manche Schule ändert ihren Namen, andere ihre Zusammensetzung, viele ihre Größe. Die Veränderungen sind erheblich. Gab es in Offenbach vor 15 Jahren gerade mal zwei Integrierte Gesamtschulen, sind es jetzt 6, davon 4 mit Grundstufe. Eine „eigene“ gymnasiale Oberstufe bietet ihnen nun den durchgängigen Weg zum Abitur. Damit baut der Schulträger bewusst eine Alternative zur Laufbahn über die Gymnasien auf, die er aber ebenso bedarfsorientiert weiterentwickelt, denn er will nicht bevormunden, sondern ermöglichen.



Paul-Gerhard Weiß

ist in dritter Amtszeit hauptamtlicher Stadtrat in Offenbach am Main und derzeit Dezernent für Bauen und Bildung.

Nach dem Studium der Philosophie, evangelischen Theologie und Politikwissenschaft arbeitete er als Referent in der Erwachsenenbildung und Kommunalpolitik, bevor er in den Magistrat seiner Heimatstadt gewählt wurde. Für die Schulentwicklungsplanung ist er nun zuständig.

Wiesbaden:

Gerd-Ulrich Franz

**im Gespräch mit Stadtrat
Axel Imholz, Schul- und Kultur-
dezernent und Kämmerer in
Wiesbaden**

G.U. Franz: Ich freue mich, Sie aus Anlass dieses Gesprächs zur Wiesbadener Schullandschaft wiederzusehen.

Vor 35 Jahren setzten sich der SPD-Oberbürgermeister und die grüne Schuldezernentin vehement für die Einrichtung integrierter Gesamtschulen in Wiesbaden ein, sahen darin eine richtungweisende Entscheidung für die Schullandschaft – was ist daraus geworden, wie sieht es heute aus?

A. Imholz: Nach der Neuerrichtung der IGS Kastellstraße 1988 wurden durch Umwandlung noch 4 weitere integrierte Gesamtschulen eingerichtet. Allerdings stagnierte diese Entwicklung aufgrund eines kleinen politischen Schulkampfs mit sehr konträren Positionen – die IGS einerseits als eine Schule für alle Kinder favorisiert, andererseits polemisch als „gleichmacherischer Fremdkörper“ diffamiert und abgelehnt.

In der Folge bestimmte ein pragmatischer „Burgfrieden“ die weitere Entwicklung. Den IGS wurde von den Gymnasien gerne die Rolle zugeschrieben, für jene eine Alternative zu sein, die mit deren Anforderungen nicht zurechtkämen. Politisch wurde ausgehandelt, dem Elternwunsch gleichermaßen durch Einrich-

tung von Gymnasien und IGS zu entsprechen. Zuletzt ein Gymnasium in Dotzheim und die Umwandlung der Kleistschule in die IGS Rheingauviertel. Die Hauptschulen wurden mangels Nachfrage geschlossen, eine Mittelschule und neu eingerichtete Hauptschulzweige an den Realschulen sichern heute die Aufnahme der Rückläufer von den Gymnasien ...

G.U. Franz: Die öffentlichen Schulen der Stadt können und sollen ja das bestmögliche Lernen aller Kinder – und ein gelingendes Miteinander in der Stadtgesellschaft – weit über die Schule hinaus gewährleisten. Teilen Sie diese zweifache Aufgabe und sehen Sie sich als Verantwortlicher überhaupt imstande, dieser Funktion angemessen gerecht werden zu können?

A. Imholz: Ich stimme Ihnen zu – diese Aufgaben bedürfen aber vor allem der Unterstützung durch eine planerische Berücksichtigung bei der Umsetzung durch die Schulverwaltung. Ein Beispiel hierfür ist die im Schulentwicklungsplan vorgesehene Errichtung einer gymnasialen Oberstufe in Kostheim – eben an der Wilhelm-Leuschner-Schule (IGS) und nicht an dem parallel zu errichtenden Mittelstufengymnasium in Kastel! Wir berücksichtigen dies auch bei der Planung neuer Stadtteile: In Bierstadt-Ost wollen wir auf einem Campus eine Grundschule und eine IGS errichten und damit allen Eltern aus Bierstadt ermöglichen,

dort ihre Kinder von Klasse 1 bis Klasse 10 gemeinsam beschulen zu lassen ...

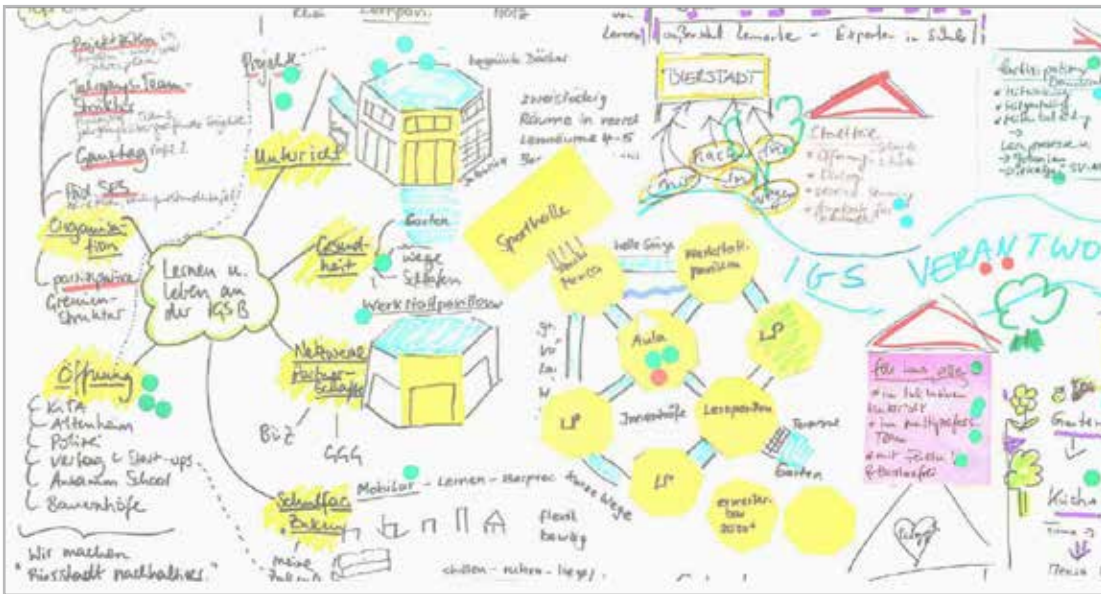
G.U. Franz: Wie könnten Sie dabei die Einsicht stärken und ins gesellschaftliche Bewusstsein rücken, dass es hier eigentlich um den Einstieg in eine inklusive Schule geht? Viele politische Akteure ignorieren bis heute (nicht nur in Wiesbaden) den Umsetzungsauftrag aus dem Beschluss des Bundestags von 2009, eine inklusive Schule für alle Kinder in Deutschland aufzubauen.

A. Imholz: Durch gute Beispiele und ein gelungenes Angebot.

G.U. Franz: Ein gelungenes Angebot? Die Errichtung von Gymnasien neben den Gesamtschulen untergräbt den Auftrag und die Qualität der IGS, die soziale Entwicklung der Stadt positiv zu beeinflussen – und fördert vor allem die falsche Einordnung der IGS in den Köpfen! Wie stehen Sie zu Ihrem begrenzten Einfluss auf Struktur und pädagogische Ausgestaltung?

A. Imholz: Ja, wir haben nur sehr begrenzten Einfluss auf die Struktur und innere Ausgestaltung der Schulen, es gibt leider keine gesetzliche Regelung für die Kooperation mit dem dafür zuständigen Staatlichen Schulamt.

G.U. Franz: Wäre da nicht eine Initiative angesagt, den Schulträgern hier weitergehende Beteiligung einzuräumen?



Ausschnitt aus einer Planungschart der Arbeitsgruppe „Neue IGS“, Wiesbaden

© Arbeitsgruppe „Neue IGS“, Wiesbaden

Ich erinnere, dass z. B. der Städtetag 2010 in Aachen eine entsprechende Forderung aufgestellt hat.

A. Imholz: In den Terminen mit den Schuldezernenten anderer Städte in Hessen standen in den letzten 2 Jahren die Pandemie und die Umsetzung des Digitalpaktes im Vordergrund, da blieb keine Zeit für solche Entwicklungsthemen, so wichtig ich es auch fände, hier gemeinsam eine stärkere Kooperation einzufordern.

G.U. Franz: Also wie kommen wir voran, wenn wir die Bedeutung der IGS als „Pilotschule“ für eine inklusive Sicht auf Schule und Gesellschaft hervorheben wollen?

A. Imholz: Auch wenn ich ungern anderen die Aufgaben zuschiebe, für eine solche Sichtweise und deren gesellschaftliche Stärkung fehlt vor allem von der Landesebene ein entsprechendes Leitbild,

eine veränderte Zielvorgabe für die Schule. Ich habe allerdings von keinem der letzten Kultusminister gehört, dass die IGS einen besonderen Stellenwert für die schulische Entwicklung im Lande hat, nicht einmal den gleichen wie die 3 anderen Schulformen.

G.U. Franz: Okay, zum Abschluss – wie ist Ihre eigene, persönliche Position, wie sehen Sie die Perspektiven für die Wiesbadener Schullandschaft?

A. Imholz: Als Schuldezernent stehe ich in der Pflicht, ein am Elternwillen orientiertes Schulangebot sicherzustellen. Ganz persönlich würde ich mir wünschen, dass die Schullandschaft in Hessen weniger selektiv ausgerichtet wird und das gemeinschaftliche Lernen in der Schulplanung Priorität bekommt.

G.U. Franz: Herr Imholz, ich danke für das Gespräch und wünsche Ihnen viel Erfolg – im Interesse der Kinder, der IGS und der ganzen Stadtgesellschaft! Die GGG ist gerne bereit, Sie bei der konkreten Schulentwicklung vor Ort beratend zu unterstützen – z. B. auch bei der weiteren Planung einer gemeinsamen Grundschule und IGS von 1-10 im Wolfsfeld in Bierstadt ...



Axel Imholz

lebt seit 1971 in Wiesbaden, Studium der Publizistik, Politikwissenschaften und Deutscher Philologie in Mainz. Kommunal in vielfältig verschiedenen Funktionen in der SPD in Wiesbaden tätig. Seit 2013 Stadtkämmerer und seit 2017 auch Schul- und Kulturdezernent.

Landtagswahl 2023

Fragen an die Bildungspolitik

WIE WEITER MIT DER IGS IN HESSEN – WIE WEITER ZUR INKLUSIVEN SCHULE ?

Gerd-Ulrich Franz

Auch im Blick auf die Landtagswahl 2023 haben wir die bildungspolitischen Sprecher: innen der Landtagsfraktionen von GRÜNE, FDP, SPD und die LINKE gebeten, zu den unten aufgeführten Fragen Stellung zu nehmen.

Die CDU-Fraktion hatten wir nicht angefragt, da wir der CDU mit Dr. Alexander Lorz als amtierendem Kultusminister eine eigene Stellungnahme zur Perspektive der IGS angeboten haben.

Seit 1969 wurden in Hessen integrierte, sogenannte „schulformunabhängige“ Gesamtschulen eingerichtet. Allerdings legten sehr „schulförmige“ Vorgaben die Schulen von Anfang an in den inneren Strukturen und Abläufen fest und begrenzten deren pädagogische Ausgestaltung. So werden sie bis heute förmlich in das mehrgliedrige Schulsystem in Hessen „integriert“ – statt wie ursprünglich gedacht, als dieses komplett ersetzende Alternative anerkannt zu sein.

2009 unterzeichnete Deutschland die Behindertenrechtskonvention der UN und verpflichtete sich, ein inklusives Bildungssystem einzurichten. Bis heute fehlen dazu Weichenstellungen für eine inklusive Schule für alle. Noch immer werden z.B. individuelle Leistungen durch Noten vergleichend bewertet und zur Grundlage formaler Einordnung – gar in verschiedenen bewerteten Schulformen. Damit verfestigen sich schon

in der Grundschule soziale Unterschiede. Falsche Selbst- und Fremdwahrnehmung wird so begünstigt, illegitime Hierarchie und gesellschaftliche Spaltung befördert, statt dieser durch ein alle Kinder gleichermaßen wertschätzendes inklusives Denken und Handeln entgegenzuwirken.

- Inwieweit teilen Sie unsere Einschätzung zur Funktion der Schulen für eine notwendig inklusive Sicht der Gesellschaft, insbesondere zur Aufgabe der IGS als ‚Pilotschulen‘ für ein inklusives Bildungssystem?
- Wie wollen Sie die ohne Zweifel notwendige Stärkung des sozialpädagogisch-erzieherischen Auftrags einer solchen Schule voranbringen?
- Was gedenken Sie in diesem Sinne für die konkrete Förderung einer inklusiven Sicht und vor allem auch die Unterstützung der „inklusi-ven Vorarbeit“ an den Grund- und Gesamtschulen zu tun?
- Wie wollen Sie die Lehrkräftebildung aus ihrem schulförmigen, fachbezogenen Korsett befreien und endlich den Umgang mit Verschiedenheit, die Förderung der Vielfalt, das Mindern von Benachteiligungen, das Verhindern von schulischem Scheitern zur zentralen Aufgabe der Schule und damit zur Maßgabe für Studium sowie Aus- und Fortbildung machen?

Im Folgenden lesen Sie nun die Stellungnahmen der Parteien.

Machen Sie sich selbst ein Bild, inwieweit die Antworten angemessen sind und einen Ausblick auf die nach der Wahl zu erwartenden bildungspolitischen Entscheidungen geben.



Stellungnahme des bildungspolitischen Sprechers der GRÜNEN-Landtagsfraktion Hessen

Daniel May, MdL

Die integrierten Gesamtschulen sind ein wichtiger, eigenständiger Zweig unseres Schulsystems geworden. Sie haben die Entwicklung des Systems Schule in Gänze entscheidend vorgebracht und setzen immer wieder wichtige Impulse für die hessischen Schulen.

Deutlich wird dies insbesondere an ihrer Vorreiterrolle im Bereich der individuellen Förderung, dem Ganzttag oder der Inklusion. Wie wichtig diese Pionierarbeit ist, zeigt sich daran, dass der Hessische Landtag sich in der Frage, ob diese Inhalte nun für alle Lehramtsstudiengänge verpflichtend sein sollten, größtenteils einig war. Mit dem novellierten Lehrkräftebildungsgesetz sind die Themen Inklusion und Ganzttag somit zukünftig verbindlicher Teil aller drei Phasen der Lehrkräftebildung in allen Lehrämtern. Dies zeigt, dass die Entwicklungen im Bereich der integrierten Gesamtschulen in alle Schulformen hineinstrahlen.

Wir GRÜNEN sind der Überzeugung, dass Schülerinnen und Schüler durch längeres gemeinsames Lernen und das möglichst lange Offenhalten aller Bildungsabschlüsse sehr gut individuell gefördert werden können. Deswegen haben wir uns stets für die Entwicklung der integrierten Gesamtschulen eingesetzt, beispielsweise indem wir für alle IGSen eine Mindestzuweisung im Landesprogramm für Schulsozialarbeit (UBUS) vorgesehen haben und indem wir den Klassenteiler für diejenigen Schulen, die auf eine äußere Differenzierung verzichteten, gesenkt haben. Auch die förderpädagogische Grundzuweisung, mit der Schulen eine Stelle fest zugewiesen bekommen und die wir nach erfolgreicher Evaluation an den Grundschulen in diesem Schuljahr als Modellversuch auf die weiterführenden Schulen übertragen haben, ist von vielen IGSen angenommen worden und stärkt die inklusive Beschulung sowie die Arbeit in multiprofessionellen Teams. Mit dem Programm der pädagogisch selbstständigen Schule haben wir zudem die Möglichkeit geschaffen, pädagogische Innovationen in der

Unterrichtsorganisation, wie den Verzicht auf Nichtversetzung oder auf Ziffernnoten, umzusetzen. Insbesondere unsere Gesamtschulen haben davon Gebrauch gemacht und erproben erfolgreich neue pädagogische Konzepte, von denen langfristig alle Schulen profitieren können.

Perspektivisch wünsche ich mir eine Weiterentwicklung unseres Schulsystems in Richtung Zweigliedrigkeit, also zwei gleichwertige Schulzweige mit Gymnasien einerseits und den Gesamtschulen andererseits. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle, die das wollen, sich wohnortnah für eine integriert arbeitende Schule entscheiden können. Gerade im Hinblick darauf, dass wir die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung stärker betonen müssen, ist eine weitere Stärkung der integrierten Gesamtschulen in Hessen eine wichtige bildungspolitische Maßnahme. Auch für den ländlichen Raum bietet ein Ausbau der integrierten Gesamtschulen strukturelle Chancen, da so auch kleinere weiterführende Schulen vor Ort gesichert werden können. Dies zeigt sich auch daran, dass die verbundenen Haupt- und Realschulen Elemente, die aus der integrierten Gesamtschule kommen, übernommen haben.

Wir GRÜNE danken den integrierten Gesamtschulen für ihre wichtigen bildungs- und gesellschaftspolitischen Impulse und freuen uns darauf, mit ihnen zusammen für mehr Chancengerechtigkeit und Bildungserfolg in Hessen zu arbeiten.



Daniel May

Mitglied des hessischen Landtags seit 2009, wohnhaft im Kreis Waldeck-Frankenberg; Lehrer Sekundarstufe I, bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion; d.may@ltg.hessen.de



Stellungnahme des bildungspolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion Hessen

Christoph Degen, MdL

Die SPD sieht Schulen als Lernorte, in denen es um kreative, soziale, ethische und politische Bildung wie auch um die Vermittlung von Wissen und Werten, praktischen Fähigkeiten und Qualifikationen geht.

Zu den wichtigsten Aufgaben von Schule gehört es, junge Menschen zu Selbstbestimmung, Demokratie und sozialer Verantwortung zu befähigen und ihnen zu vermitteln, dass eine vielfältige Gesellschaft ein Gewinn ist. Wir wollen, dass junge Leute so aufwachsen, wie die Gesellschaft ist, und in einem inklusiven Bildungssystem lernen, das kein Kind zurücklässt und allen gleiche Chancen eröffnet, ihre Potenziale zu nutzen.

Die integrierte Gesamtschule ist für uns die beste Schulform für Chancengleichheit. Sie bietet allen Kindern mit ihren unterschiedlichen Lernvoraussetzungen durch das gemeinsame Lernen Zeit, sich zu entwickeln. Insofern sehen wir sie ebenso wie die Grundschule als „Pilotschule“ für Inklusion an. Umso heterogener eine Schülerschaft ist, umso leicht fällt die Inklusion, weil es dann vollkommen normal ist, verschieden zu sein und unterschiedlich schneller und langsamer zu lernen. Auch altersgemischte Klassen können dazu beitragen.

Wir streben eine Weiterentwicklung der Beratungs- und Förderzentren zu „Zentren für besondere pädagogische Förderung“ an, die als regionale Unterstützungsagenturen für individuelle Förderung ohne die starre Beschränkung auf sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf fungieren und Schulen multiprofessionell aus einer Hand beraten. Unerlässlich ist eine enge Zusammenarbeit mit der Schulpsychologie sowie mit Sozialpädagoginnen und -pädagogen an den Schulen. Schulsozialarbeit an jeder Schule ist ein Muss und keine Kann-Option.

Benachteiligungen und schulisches Scheitern wollen wir durch mehr individuelle Förderung abbauen. Auf Querversetzungen und Sitzenbleiben sollte möglichst verzichtet werden. Um individuell auf das einzelne Kind eingehen zu können, müssen sich die Rahmenbedingungen (Lernumgebung, Unterrichtsplanung und -gestaltung, Klassengrößen) verbessern. Feriencamps oder vereinzelte Lernangebote für einen Tag in Form von Digitaltrucks sind weder zielführend, noch erreichen sie alle Kinder, insbesondere nicht diejenigen mit mehr Unterstützungsbedarf.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für Schulen, die jahrgangsübergreifendes Lernen, Binnendifferenzierung oder andere reformorientierte Ansätze realisieren, durch zusätzliche personelle und materielle Ressourcen verbessern. Dazu muss aus unserer Sicht die sozialindizierte Lehrkräftezuweisung massiv aufgestockt und vor allem schulscharf gestaltet werden. Die SPD fordert ein Programm zum Ausbau von gebundenen und teilgebundenen Ganztagschulen, das den Schulen verlässliche Entwicklungsperspektiven bietet sowie rhythmisiert und flächendeckend für gleiche Bildungschancen auch am Nachmittag sorgt. Inklusive Beschulung und besondere Förderung müssen auch am Nachmittag qualitativ hochwertig möglich sein.

Gesamtschul- und Grundschullehrkräfte sind diejenigen, die wie niemand sonst Lernprozesse individualisiert gestalten. Inklusion ist Aufgabe aller Schulen, die mit entsprechenden Ressourcen zur Umsetzung ausgestattet werden müssen. Außerdem wollen wir Hierarchien zwischen den Lehrämtern abbauen und mehr Wertschätzung der inklusiven Vorarbeit durch Aufwertung des Grundschullehramts durch eine Besoldungsanhebung auf A 13.

Lehramtsstudierende müssen besser auf die veränderten Praxisanforderungen und Zukunftsthemen im Studium vorbereitet werden. Das funktioniert nicht mit einer minimalinvasiven Gesetzesreform, wie sie in diesem Jahr von Schwarzgrün im Landtag vorgenommen wurde. Vielmehr brau-

chen wir eine Verlängerung des Studiums auf 10 Semester für alle Lehramtsstudiengänge und den systematischen Ausbau der Lehrkräftefortbildung. Wir halten an der Sonderpädagogik als Profession fest, wollen aber Hybridmodelle wie Sonderpädagogik als Ersatz für ein Unterrichtsfach im Regelschulbereich zulassen. Grundsätzlich muss in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung der Unterricht in heterogenen Lerngruppen für alle angehenden Lehrkräfte verpflichtend sein.



Christoph Degen

Mitglied des hessischen Landtags seit 2014, wohnhaft im Main-Kinzig-Kreis; Förderschullehrer; Generalsekretär der SPD, bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion; c.degen@ltg.hessen.de



Stellungnahme des bildungspolitischen Sprechers der FDP-Landtagsfraktion Hessen

Moritz Promny, MdL

Schulerfolg ist in Deutschland weiterhin stark von der sozialen Herkunft abhängig. Armut, Migrationsbiographien, aber auch besondere Förderbedarfe oder Behinderungen sind immer noch zu oft der Grund für Chancengerechtigkeiten. Nur ein inklusives Schulsystem kann diesem Problem entgegenwirken.

Dabei verstehen wir Freien Demokraten Inklusion in einem umfassenden Sinne: Inklusive Bildung heißt, die unterschiedlichen Bedürfnisse und Talente von Kindern und Jugendlichen in den Blick zu nehmen und eine chancengerechte Bildung für alle umzusetzen. Das ist das Leitbild, an dem wir unsere Bildungspolitik ausrichten.

Schon in den 70er Jahren hat die FDP das Konzept der Offenen Schule in den Stuttgarter Leitlinien einer liberalen Bildungspolitik dargelegt. Die

Grundzüge behalten auch weiterhin ihre Gültigkeit: Es geht darum, unser Bildungssystem im Sinne der individuellen Förderung zu transformieren. Nur so erhält jedes Kind und jeder Jugendliche die Chance, die eigene Bildungsbiographie aktiv mitgestalten zu können.

Dieses Ziel kann nur durch ein vielfältiges Schulsystem erreicht werden, das unterschiedlichen Bedürfnissen und Ansprüchen gerecht wird. Hierbei kommt der integrierten Gesamtschule eine wichtige Aufgabe zu: Kinder und Jugendliche lernen zusammen und voneinander. Insbesondere bei einer ganztägigen Ausrichtung bleibt genug Zeit, um eigene Schwerpunkte setzen zu können.

Damit unsere integrierten Gesamtschulen ihren inklusiven Bildungsauftrag gut umsetzen können, müssen von der Politik jedoch die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Zu diesen

Voraussetzungen gehört, dass Schulen bei der Wahrnehmung des Bildungs- und Erziehungsauftrags mehr Selbstständigkeit zugestanden wird.

Das Konzept der Selbstständigen Schule ist ein Erfolgsprojekt. Wir wollen die Selbstständigkeit weiter ausbauen und es noch mehr Schulen ermöglichen, zur Selbstständigen Schule zu werden. Dazu gehört, dass den Schulen die Personalhoheit übertragen wird und sie flexibel über ihre finanziellen Ressourcen entscheiden können. Für uns Freie Demokraten ist klar: Schulleitungen und Lehrkräfte sind Bildungsexpertinnen und Bildungsexperten. Vor Ort weiß man am besten, welche Fachkraft gebraucht wird oder für welche Aufgabe zusätzliche Ressourcen eingesetzt werden sollten.

Darüber hinaus müssen Schulen die Möglichkeit erhalten, ihre Räumlichkeiten so zu gestalten, wie es ihrem pädagogischen Konzept entspricht. Dies gilt gerade auch für integrierte Gesamtschulen, die oft fächer- oder klassenübergreifend unterrichten. Es braucht daher ein spezielles Investitionsprogramm, das Schulen einen Aus- und Umbau unter pädagogischen Gesichtspunkten ermöglicht.

Aber: Wir werden bei alledem nur erfolgreich sein, wenn wir ausreichend gut ausgebildete Lehrkräfte haben. Der Lehrkräftemangel wird die drängendste Herausforderung der nächsten Jahre

werden. Wir müssen dringend mehr junge Menschen überzeugen, sich für ein Lehramtsstudium zu entscheiden. Lehrkräfte haben immer mehr Aufgaben zu bewältigen, für die sie gut aus- und fortgebildet sein müssen – beispielsweise im Bereich der Digitalisierung, der Inklusion und des Umgangs mit Heterogenität. Durch eine exzellente Aus- und Fortbildung müssen sie in die Lage versetzt werden, diese Aufgaben wahrzunehmen. Wir fordern zudem eine stärkere Entbürokratisierung der Arbeit an den Schulen. Zu viele Kapazitäten von Lehrkräften werden in Verwaltungstätigkeiten gebunden. Entlastung von Verwaltungsaufgaben heißt: mehr Zeit für Schülerinnen und Schüler.

Wir Freien Demokraten sind überzeugt: Die integrierten Gesamtschulen in unserem Land sind Vorreiter in der inklusiven Bildung. Dafür verdienen sie mehr Unterstützung!



Moritz Promny

Mitglied des hessischen Landtags seit 2018, wohnhaft im Odenwaldkreis; Rechtsanwalt und Unternehmer (Baubranche); Generalsekretär der FDP Hessen, bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion;

m.promny@ltg.hessen.de

Wir hatten Frau Elisabeth Kula im Mai 2022 angeschrieben und um einen Beitrag für unser Hessen Magazin bis September gebeten.

Trotz Nachfragen hat es leider nicht geklappt, so dass wir keine Aussage der Fraktion DIE LINKE aufnehmen konnten –
schade!

.....
Elisabeth Kula, wohnhaft in Wiesbaden;
Politikwissenschaftlerin; Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der LINKEN
e.kula@ltg.hessen.de

